



Mitgliederzeitung der SP Schweiz

136 • CH Mai 2013 AZB 3001 Bern

Ex-Press



Das ist nicht unsere Asylpolitik!

Am 9. Juni wird über zwei Vorlagen abgestimmt: Die Asylgesetz-Revision bringt inakzeptable Verschärfungen, die tatsächlichen Probleme löst sie aber nicht. Die Volkswahl des Bundesrats verleiht dem Geld viel Macht und benachteiligt die Sprachminderheiten. Die SP sagt darum zwei Mal Nein.

Seiten 2 bis 4

AKTIV



Im Zweiten Weltkrieg ein Unterschlupf für Widerstandskämpfer, heute ein Treffpunkt für Genossinnen und Genossen: **das Feriendorf Al Forno** im Centovalli.

Seiten 14 und 15

DEBATTE



Revision des Hooligan-Konkordats: Für die einen ist sie dringend nötig, für die anderen eine völlig unverhältnismässige Kollektivbestrafung.

Seiten 16 und 17

CARTE BLANCHE



Der zweimalige **Schwingerkönig Ernst Schläpfer** sagt in seiner Rede zum 1. Mai, wofür es sich zu kämpfen lohnt und welche Kämpfe er für unnötig hält.

Seite 19

NEIN
ZUR ÄNDERUNG DES
ASYLGESETZES

STANDPUNKT

Flavia Wasserfallen
Co-Generalsekretärin



Der Spargel wächst

Ende April war ich mit ein paar Freundinnen in einer lauschigen Quartierbeiz zum Abendessen verabredet. Es war frühlinghaft warm und wir konnten draussen unter den schönen Kastanien sitzen. Auch der Blick auf die aktuelle Saisonkarte versprach Frühlinghaftes: Spargelcrèmesuppe, Spargelsalat, Spargel-Rösti oder Penne mit frischen Spargeln.

«Darf ich fragen, woher die Spargeln kommen?», erkundigte sich eine Freundin bei der Serviceangestellten. «Wenn ich ganz ehrlich sein will: aus Mexiko», antwortete die Frau und lief dabei unübersehbar rot an. Eine ähnliche Episode spielte sich ein paar Tage später in einem anderen Restaurant ab, welches auch mit einer aktuellen Saisonkarte gluschtig machte. Die Antwort lautete: Kalifornien.

Nicht nur in vielen Restaurants ist die Suche nach einem wirklich saisonalen Gericht für die umweltbewusste Konsumentin schwierig. Die Deklaration der Fleischherkunft ist da schon das höchste der Transparenzgefühle. Auch im Detailhandel werden einem mehr Stolpersteine vor den Einkaufswagen gelegt als echte Kaufhilfen angeboten. Viele orientieren sich an Bio-Labels und vertrauen darauf, dass dies der Garant für eine Produktion im Einklang mit der Natur ist. Und es funktioniert: Bio-Produkte erfreuen sich ungebrochener Beliebtheit, das Sortiment wird immer grösser. Doch sind Bio-Tomaten aus Marokko oder Bio-Brokkoli aus Spanien wirklich wünschenswert? Wasserknappheit, riesige Monokulturen unter quadrat-kilometergrossen Plastikmeeren und unhaltbare Arbeitsbedingungen in Nordafrika und Spanien sind keine idealen Voraussetzungen für eine naturnahe und nachhaltige Produktion. Hinzu kommt der lange Transportweg mit Lastwagen. Der reine Verzicht auf chemisch-synthetische Spritzmittel allein macht noch kein Bio.

Es ist deshalb erfreulich, dass immer mehr Initiativen aus dem Boden spriessen, die mit erfolgreichen Modellen der Vertragslandwirtschaft, Urban Gardening oder Hauslieferdiensten die Sensibilität für regionale und saisonale Bioprodukte bei den KonsumentInnen erhöhen. Bleibt zu hoffen, dass auch bei den Restaurantbetreibern ein Umdenken einsetzt, damit die Saisonkarte auch wirklich saisonal ist.

Übrigens, jetzt sind sie endlich da – wenn auch durch den langen Winter etwas verspätet: die grünen Spargeln aus dem Wallis oder die edlen Weissen aus dem Seeland. E Guete!

Die Verschärfungen

Die Asylverfahren dauern allgemein zu lange. Dieses Problem löst die vorliegende Änderung des Asylgesetzes jedoch nicht: Mit der Abschaffung des Botschaftsasyls und der Einengung des Flüchtlingsbegriffs bringt sie Verschärfungen, die nicht nur inakzeptabel sind, sondern auch nutzlos.

Es besteht politischer Konsens: Die Asylverfahren in der Schweiz dauern viel zu lange. Das verursacht unnötige Kosten und ist eine grosse Belastung für die Betroffenen. Nach jahrelangem Warten fällt es Asylsuchenden nach einem negativen Entscheid sehr schwer, in ihre Heimat zurückzukehren. Die meisten leben in ihren Heimatländern unter schwierigen Bedingungen und haben keine Perspektiven. Wäre dies anders, würden sie den Weg nach Europa und in die Schweiz gar nicht erst antreten.

Was nun jedoch das Parlament mit dem Asylgesetz gemacht hat, trägt nicht zu einer Lösung dieses Problems bei. Es handelt sich um unnötige Verschärfungen, die einzig und allein zum Ziel haben, die Zahl der Asylsuchenden zu senken. Da ist die Meinung der bürgerlichen Parlamentsmehrheit knallhart: Nur ein Asylsuchender, der gar nicht erst in die Schweiz kommt, ist ein guter Asylsuchender.

Abschaffung des Botschaftsasyls

Die Vorlage enthält Bestimmungen, die für mich inakzeptabel sind. Einerseits wird die Möglichkeit gestrichen, auf Botschaften im Ausland ein Asylgesuch einzureichen, andererseits gilt Wehrdienstverweigerung nicht mehr als Asylgrund.

Mit dem Streichen der Botschaftsgesuche verunmöglicht man de facto den Schwächsten unter den Flüchtlingen, ein Asylgesuch zu stellen: Frauen, Kinder und Betagte sind oft nicht in der Lage, die gefährliche Reise in die Schweiz anzutreten. Zudem spielt man damit den Schlepperbanden in die Hände, die sich am Elend anderer eine goldene Nase verdienen. Das Humanitäre Visum soll angeblich ein Ersatz sein für die Botschaftsgesuche. Doch vom Humanitären Visum können nur ganz wenige profitieren. Wer es geschafft hat, aus seinem Herkunftsland zu fliehen, kann im benachbarten Land kein Gesuch für ein solches Visum stellen. Damit ist praktisch allen, die bisher ein Botschaftsgesuch stellen konnten, der Zugang zum Asyl verwehrt.

Einengung des Flüchtlingsbegriffs

Die Änderung des Flüchtlingsbegriffs zielt in erster Linie auf Gesuche aus Eritrea. Wer im diktatorisch regierten Eritrea den Militärdienst verweigert, gilt als Landesverräter und ist akut an Leib und Leben bedroht. Er muss darum sofort das Land verlassen. Es ist erklärte Absicht,

dass Eritreer in der Schweiz kein Asyl mehr erhalten sollen. Man zielt auf die Eritreer, trifft aber auch Kriegsdienstverweigerer aus Syrien und anderen von Unrechtsregimen beherrschten Ländern.

Auch wenn die Vorlage, über die am 9. Juni abgestimmt wird, neben inakzeptablen Verschärfungen Bestimmungen enthält, die in der SP unterschiedlich bewertet werden: Diese rechtfertigen die Abschaffung des Botschaftsasyls und die Einengung des Flüchtlingsbegriffs nicht.

Wir müssen uns mit aller Kraft für ein Nein zu dieser Vorlage einsetzen. Wir haben andere Vorstellungen von der Schweizer Flüchtlingspolitik. Menschen auf der Flucht müssen in der Schweiz ein faires, rechtsstaatliches und rasches Asylverfahren bekommen. Die unnötigen Verschärfungen der Asylgesetz-Revision lehnen wir entschieden ab.

Silvia Schenker
ist Nationalrätin BS



DARUM GEHT ES

Seit acht Jahren debattiert das Parlament über die Revision des Asylgesetzes. 2012 verabschiedete es schliesslich erste Änderungen. Weil die Vorlage für dringlich erklärt wurde, traten die Änderungen bereits am darauf folgenden Tag in Kraft. Eine breite Koalition hat dagegen das Referendum ergriffen. Deshalb wird am 9. Juni abgestimmt. Die Revision zielt in erster Linie darauf ab, die Asylverfahren zu beschleunigen. Sie erlaubt, bundeseigene Anlagen und Bauten für die Unterbringung Asylsuchender zu nutzen. Zudem sieht sie Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende vor – etwas, das die SP seit langem fordert. Eine Beschleunigung darf aber nicht zulasten der Asylsuchenden gehen, denn sie sind auf unseren Schutz angewiesen. Das Parlament hat die Vorlage massiv verschärft, um die Schweiz für Flüchtlinge unattraktiv zu machen. Das widerspricht unserer Vorstellung von einer humanitären und offenen Schweiz.

www.spschweiz.ch/asyl www.asyl.ch

sind inakzeptabel und nutzlos

UNHCR/F. Juez



UNSERE ARGUMENTE



Keystone

1 Abschaffung des Botschaftsverfahrens

Die Möglichkeit, in einer Schweizer Botschaft Asyl zu beantragen, soll abgeschafft werden. Das trifft die Schwächsten: Frauen, Kinder und Betagte. Dank dem Botschaftsverfahren können unzählige Leben gerettet werden. Zudem befinden sich die Betroffenen beim Botschaftsverfahren im Ausland. Im Fall eines negativen Entscheids können unmenschliche und obendrein teure Ausschaffungen vermieden werden. Die Tatsache, dass die Schweiz das einzige Land mit einem solchen Verfahren ist, ist kein Grund, es abzuschaffen. Der Vorwurf, das Verfahren fördere Missbräuche, ist unhaltbar und diskreditiert die Behörden.



Reuters

2 Einengung des Flüchtlingsbegriffs

Kriegsdienstverweigerung allein soll neu kein Asylgrund mehr sein. Deserteure, die in ihrem Herkunftsland um ihr Leben fürchten müssen, dürfen aber auch weiterhin nicht ausgeschafft werden. Flüchtlinge aus Eritrea etwa wurden schon bisher nicht ausschliesslich aufgrund ihrer Kriegsdienstverweigerung als Flüchtlinge anerkannt. Bereits nach bisherigem Recht erhielten an Leib und Leben bedrohte Kriegsdienstverweigerer Asyl, sofern sie die Bedingungen erfüllten. In der Praxis würde sich darum nichts Grundsätzliches ändern. Hingegen würde es dem Ansehen und der humanitären Tradition der Schweiz schaden.



Ex-Press

3 Dringlichkeitserklärung des Artikels

Das Parlament hat die Vorlage für dringlich erklärt. Die Änderungen sind dadurch bereits in Kraft, obwohl sich die Stimmberechtigten noch nicht äussern konnten. Das widerspricht demokratischen Grundprinzipien. Einen Grund für dieses Vorgehen gibt es nicht, von einer Notsituation kann keine Rede sein. Sinnvoller wäre es gewesen, sich auf die Revision zu konzentrieren. So wird der Bundesrat demnächst eine umfassende Neustrukturierung des Asylwesens vorlegen mit dem Ziel, die Verfahren zu beschleunigen und den Rechtsschutz der Asylbewerber zu verbessern. Die SP trägt dieses Vorhaben mit.

NEIN
ZUR VOLKSWAHL DES
BUNDESRATS

Keine Horden, sondern 0,9 %

Es ist gar nicht so leicht, den Skandal unseres Umgangs mit Flüchtlingen wahrzunehmen. Bei so vielen Revisionen des Asylgesetzes in wenigen Jahren und umspült mit permanenter fremdenfeindlicher Hetze aus der rechten Wahlkampfküche gewöhnen wir uns allzu leicht an die Härte und die Kälte im Umgang mit Asylsuchenden. Mit der Abschaffung des Botschaftsverfahrens und der Aberkennung der Desertion als Fluchtgrund erschweren die Asylverschärfer diesmal den Schutz von «echten» Flüchtlingen – in erster Linie Frauen und Kinder – und höhlen damit das uralte Recht auf Asyl aus.

Es sind nicht riesige Horden afrikanischer oder asiatischer junger Männer, die die Schweiz stürmen wollen, wie manche suggerieren. Die gesamte Zahl der Personen, die in der Schweiz dem Asylbereich zugeordnet werden, macht gerade einmal 0,9 Prozent unserer Bevölkerung aus. Die erdrückend grosse Mehrheit der weltweit 42,5 Millionen Flüchtlinge lebt in Drittweltstaaten. Im Camp Dadaab in Kenya wohnen mehr Flüchtlinge als in allen Industriestaaten zusammen!

Die schweizerische Flüchtlingspolitik braucht keine Hysterie, keine Lager und keine Kriminalisierung, sondern kühle Köpfe, die echte Lösungen erarbeiten. Wenn etwa die Beschwerdefrist für Flüchtlinge von 30 auf 10 Tage verkürzt wird, beschleunigt das die Verfahren nur unwesentlich, es verschlechtert aber die rechtliche Situation der Betroffenen massiv. Wer kann in 10 Tagen Beweismaterial aus Syrien beschaffen?

Seit den Zeiten des Alten Testaments gibt es das Recht auf Schutz vor Verfolgung. Auch die moderne Schweiz hat sich in der Präambel zur Verfassung den ethischen Grundsatz gegeben, dass «die Stärke des Volkes sich misst am Wohl des Schwachen». Deshalb geht es am 9. Juni nicht nur um Flüchtlinge, sondern auch um die Glaubwürdigkeit der Schweiz.

Andreas Nufer
Pfarrer der Heiliggeistkirche in Bern

Keine Macht dem Geld

Die SVP-Initiative «Volkswahl des Bundesrates» hat ihren Ursprung in der Bundesratswahl 2007: Der amtierende Bundesrat Blocher fand bei Ständerat und Nationalrat keine Mehrheit mehr. An seiner Stelle gewählt wurde Eveline Widmer-Schlumpf. Die SVP reichte darauf eine Initiative ein mit dem Ziel, dass künftig wieder ihre eigenen Kandidierenden gewählt werden – unabhängig davon, ob das Parlament diese als geeignet betrachtet oder nicht. Die SP lehnt die Initiative aus mehreren Gründen ab:

■ **Die Volkswahl benachteiligt Minderheiten.** Bei einer Volkswahl gäbe es einen einzigen Wahlkreis: die gesamte Schweiz. Kandidierende aus der Romandie und dem Tessin müssten sich vor allem den Deutschschweizer Wählerinnen und Wählern verkaufen und hätten damit ein Start-Handicap. Die zwei Sitze, welche die Initiative für die lateinische Schweiz reservieren will, wären Minderheiten-Sitze, die Gewählten wären Quoten-Bundesrätinnen und -Bundesräte. Mitglieder des Bundesrats sollen aber die gesamte Schweiz vertreten und nicht bloss eine Sprachregion.

■ **Die Volkswahl steigert die Bedeutung von Wahlkämpfen und damit von Geld.** Bei einer Volkswahl müssten die Kandidierenden in der Bevölkerung auf Stimmenfang gehen. Wahlkämpfe kosten jedoch viel Geld. Da die Geldflüsse in der Schweizer Politik noch immer weitgehend intransparent sind, würde die Bevölkerung nicht erfahren, wer hinter einer Kandidatur steckt. Die Kandidierenden ihrerseits würden zu Bittstellern und gerieten in

Abhängigkeit von ihren Geldgebern und damit von Unternehmen, Lobbys oder reichen Einzelpersonen.

■ **Die Volkswahl erschwert Reformen.** Neben den finanziellen müssten Kandidierende auch erhebliche zeitliche Ressourcen in den permanenten Wahlkampf stecken. Ständig müssten sie um die Gunst in der Bevölkerung buhlen und sich mit Einzelaktionen gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen profilieren. Eine langfristige, sachbezogene Politik geriete so in den Hintergrund, das Kollegialitätsprinzip würde geschwächt. Bundesrätinnen und Bundesräte müssen auch unpopuläre Entscheide vertreten und Reformen anpacken können, ohne um ihre Wiederwahl bangen zu müssen.



«Für eine Million mache ich aus einem Kartoffelsack einen Bundesrat.»

RUDOLF FARNER, GRÜNDER DER GLEICHNAMIGEN PR-AGENTUR (ZUGESCHRIEBEN)

Damenschuhe aus Istanbul. Tolle Formen und Farben, sehr gut verarbeitetes Rindsleder. Moderate Preise dank Direktimport. Online-Shop oder Schau-Raum in Basel.

www.stambul-schuhe.ch

Fr. 78.–

Stambul

Öko-Bio-Grillkurs

25.05.13 13:00-18:00 Uhr
31.05.13 18:00-23:00 Uhr

Vom Aperitif bis zum Digestif Bio!

Tel. 056 622 17 38
www.ochsen-villmergen.ch



Mit sechzig fängt das Leben an

Zum ersten Mal trafen sich die Seniorinnen und Senioren der SP am 20. April zu ihrer Mitgliederkonferenz. Auf der Traktandenliste standen neben der Wahl des Co-Präsidiiums eine Rede von Christian Levrat sowie ein Referat zum Thema Politik im Alter mit anschliessender Diskussion. Carlo Lepori und Marianne de Mestral

Anfang Januar standen wir zu dritt im Hotel National. Sollten wir es wirklich wagen, diesen grossen Saal zu mieten? Mit wenig Teilnehmenden würde es schäbig aussehen. Wir entschieden uns für Optimismus und unsere kühnsten Erwartungen wurden übertroffen: Fast zweihundert Mitglieder nahmen an der Gründungskonferenz teil.

Dass in so kurzer Zeit fast tausend Genossinnen und Genossen Mitglied der SP60+ geworden sind, ist ein unerwarteter Erfolg sogar für diejenigen, die von der Notwendigkeit eines SP-Organs für die ältere Generation überzeugt waren. Die gut besuchte Startkonferenz ist ein Zeichen der Energie, die viele gestandene Genossinnen und Genossen belebt, und bestärkt sie in der Überzeugung, dass sie in der SP am richtigen Ort politisieren. Christian Levrat betonte in seiner Rede, wie sehr heute Themen der Altersvorsorge und der Gesundheit aktuell sind und im Zentrum der politischen Diskussion stehen. Die SP hat in diesen Bereichen gute Vorschläge: von der gleichzeitigen Revision der AHV und der zweiten Säule bis hin zur Initiative für eine öffentliche Krankenkasse. Immer wichtiger wird laut Levrat auch die Mobilisierung vieler SP-Mitglieder und -Sympis, die sich aus der aktiven Politik zurückgezogen haben.

Wahlen ...

Neben dem Co-Präsidium mit der Zürcher alt Verfassungsrätin Marianne de Mestral und dem Tessiner Kantonsrat Carlo Lepori bestimm-

te die Konferenz acht frei gewählte Mitglieder des Vorstands. Die Kantonalparteien haben das Recht, je zwei Vorstandsmitglieder zu delegieren, fast die Hälfte der Kantone haben ihre

**Bist du SP-Mitglied,
über 60 und fühlst dich
angesprochen?
Werde jetzt Mitglied!
www.sp60plus.ch**

Vertretungen bereits gemeldet. Die Delegierten für die Koordinationskonferenz und die Delegiertenversammlung der SP Schweiz wurden ebenfalls gewählt.

Es wurde kritisiert, unter den Gewählten fehlten Personen aus der Suisse Romande. Das ist jedoch eine Spiegelung der Realität. So zeigten die Deutschschweizer Sektionen während der Aufbaumonate von SP60+ am meisten Interesse. Mehrmals wurde versucht, Kantonalparteien der französischen Schweiz zu aktivieren. Sie haben auch jetzt noch jederzeit die Gelegenheit, ihre zwei Delegierten zu nominieren. Seit der Konferenz wurden sie erneut mit einem Schreiben dazu aufgefordert.

... und eine erste Abstimmung

Der erste politische Entscheid war die einstimmige Unterstützung der AHVplus-Initiative. Der angenommene Antrag, zivilstandsunab-

hängige AHV-Renten zu fordern, wird an der nächsten Vorstandssitzung diskutiert.

Der ehemalige Journalist und jetzige Projektleiter von «Altern in Luzern» Beat Bühlmann, eröffnete mit seinem spannenden Referat «Politik hört nicht mit sechzig auf» die allgemeine Diskussion mit fünf Fragen und fünf Feststellungen:

- 1) Die Alten gehen am häufigsten an die Urne. Warum sind sie eigentlich im Parlament kaum vertreten?
- 2) Bei den Alten findet die SP wenig Rückhalt. Wie kommt das? Könnte es sein, dass die Partei allzu einseitig auf die Jugend setzt, weil sie selber nicht altern will?
- 3) Die Alten verharren politisch oft im Ruhestand. Wie müsste die Politik beschaffen sein, damit sie sich wieder auf die öffentliche Bühne wagen?
- 4) Die Alten halten sich beim freiwilligen Engagement zurück. Was braucht es konkret, um das Erfahrungswissen der älteren Generation stärker einzubeziehen?
- 5) Die Alten müssen nichts mehr beweisen. Wie können sie diese «neue Freiheit» nutzen, um eine neue Kultur des Alterns zu entwickeln?

Die Teilnehmenden hatten im Anschluss die Möglichkeit, sich zum Referat und zu den Themen «Sozialversicherungen und -politik», «Gesundheitspolitik und -versorgung» und «Energie- und Verkehrspolitik» auszutauschen. Der Vorstand wird eines der Themen aufgreifen und dazu im Herbst einen Anlass organisieren. Zu den übrigen Themen werden Arbeitsgruppen eingesetzt. Der Startanlass weckte viel Motivation und Bereitschaft zum politischen Engagement in der SP.

Robert Grimm – ein Marxist in

Robert Grimm war zumindest aus internationaler Sicht der bedeutendste Schweizer Politiker des 20. Jahrhunderts. Kein anderer fand in höherer Masse Eingang in die englischsprachige Fachliteratur. Wohl als einziger verkehrte er mit grossen Persönlichkeiten der Weltgeschichte auf Augenhöhe. Als Präsident des Oltener Aktionskomitees im landesweiten Generalstreik 1918 sicherte er sich auch einen der vordersten Plätze in der Schweizer Geschichte. Schliesslich hat keiner einen vergleichbaren Fundus an Büchern, Buch- und Zeitschriftenbeiträgen, Zeitungsartikeln und Reden hinterlassen. Und dennoch ist der Umgang mit ihm sowohl in der bürgerlichen als auch in der sozialdemokratischen Schweiz bis heute schwierig. Er sprengt alle Vorstellungen, die wir nach Jahrzehnten der Konkordanz von einem schweizerischen Politiker haben.

Aufstieg durch die Arbeiterbewegung

Grimm wurde am 16. April 1881 in Wald, einem typischen Fabrikdorf im Zürcher Oberland, als jüngstes von vier Kindern eines Fabrikchlossers und einer Weberin geboren. Er lernte Drucker, damals für einen begabten Jüngling aus der Arbeiterschaft die bestmögliche Ausbildung. Nach dem Lehrabschluss trat er in die Gewerkschaft und in die SP ein. Seine Wanderschaft führte ihn durch die Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Deutschland, Österreich und Norditalien. Im Winter 1905/06 lebte er in Berlin, wo er in einer Grossdruckerei ein letztes Mal den gelernten Beruf ausübte und in unzähligen Veranstaltungen und Publikationen die deutsch-sozialdemokratische Ausprägung des Marxismus kennen lernte, insbesondere die laufende Debatte um den Massenstreik.



Zum 125-Jahr-Jubiläum der SP Schweiz erscheint im Oktober die zweisprachige Publikation «Einig – aber nicht einheitlich»/«Une pensée unie – mais pas unique» im Limmat-Verlag. Das Buch kann vorbestellt werden unter www.redboox.ch

Nach seiner Rückkehr in die Schweiz trat Grimm endgültig in den Dienst der Arbeiterbewegung. Im Sommer 1906 wählte ihn der Basler Arbeiterbund zum Sekretär. Im Mai 1907 wurde er in den Grossen Rat gewählt, womit seine parlamentarische Karriere begann.

Angesichts der für ihn wenig erspriesslichen Situation in Basel – er geriet der äusserst gemässigten Parteiführung der SP ins Gehege – übernahm er im Februar 1909 die Redaktion der «Berner Tagwacht» und machte aus dem bescheidenen Blättchen eine gewichtige Stimme der Sozialdemokratie. In der Berner Politik war er bald nicht mehr wegzudenken. Bereits 1909 wurde er ins Stadt-, 1910 zusätzlich ins Kantonsparlament gewählt. Im folgenden Jahr übernahm er für drei Jahrzehnte das Präsidium der kantonalen SP, die er zielstrebig

weil es von Sozialisten beider Kriegsparteien unterschrieben wurde. Eine zweite Konferenz in Kiental im Berner Oberland radikalisierte das Manifest im April 1916. Grimm war Präsident dieser «Zimmerwalder Bewegung» genannten Internationale der Kriegsgegner. Ein gescheiterter Versuch, im Sommer 1917 Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Russland zu vermitteln, um die russische Februarrevolution zu stärken, beendete seine internationale Karriere vorübergehend.

Der Landesstreik

Im Jahre 1918 spitzte sich die innenpolitische Lage zu, weil die Bundesbehörden nichts unternahmen, um die missliche Lage der Arbeiterschaft zu lindern. Grimm erkannte, dass nur massiver Druck etwas ändern konnte. Für den Autor der wichtigsten schweizerischen

Er war in der Arbeiterschaft ausserordentlich populär. Aber unter seinem autoritären Charakter hatten von den sozialdemokratischen Spitzenfunktionären bis zu seinen Kindern alle zu leiden.

ausbaute. Er war in der Arbeiterschaft ausserordentlich populär. Aber unter seinem autoritären Charakter hatten – wie sein Biograf und Schwiegersohn Adolf McCarthy bemerkte – von den sozialdemokratischen Spitzenfunktionären bis zu seinen Kindern alle zu leiden.

Nationaler und internationaler Durchbruch

Unter dem Mehrheitswahlrecht hatten Sozialdemokraten kaum eine Chance, ohne fremde Hilfe in den Nationalrat einzuziehen. Durch eine Reform entstand in Zürich-Aussersihl ein «roter» Wahlkreis, in dem Grimm den letzten Listenplatz ergatterte, womit seine Wahl in den Nationalrat im Oktober 1911 Formsache war. Erst unter dem neuen Proporz-Wahlrecht kandidierte er im Herbst 1919 in Bern, wobei er zuerst keinen Sitz gewann und erst im Frühling 1920 nachrücken konnte. Fortan kumulierte ihn seine Partei bis zum Rücktritt 1955.

Im ersten Weltkrieg machte er die «Berner Tagwacht» zu einer der wenigen Arbeiterzeitungen Europas, die dezidiert gegen den Krieg Stellung bezogen. Im September 1915 versammelte er in Zimmerwald unweit von Bern rund vierzig Kriegsgegner aus zwölf Ländern zu einer Konferenz. Diese verabschiedete ein Manifest, das international Aufsehen erregte,

Schrift zum Massenstreik von 1906 und Statthalter der SP-Leitung im Zürcher Generalstreik 1912 lag der Rückgriff auf dieses Mittel nahe. Anfang 1918 vereinigte er die wichtigsten Gewerkschaftssekretäre, einige Vertreter der SP und einige lokale Funktionäre im Oltener Aktionskomitee, das seinen Eingaben an den Bundesrat mit Generalstreikdrohungen höheres Gewicht verlieh und damit einige Teilerfolge erzielte. Den Landesstreik vom November 1918 plante es aber nicht; dieser entwickelte sich aus einer spontanen Reaktion auf die militärische Besetzung Zürichs. Um einen geordneten Ablauf zu sichern, zog das Oltener Aktionskomitee die Leitung an sich. Grimm wurde in einem rechtlich fragwürdigen Verfahren von einem Militärgericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die er zur Niederschrift seiner «Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen» nutzte.

Ein unangepasster Exekutivpolitiker

Ebenfalls im Jahre 1918 begann auch Grimms Karriere als Exekutivpolitiker. In der Berner Stadtregierung war er bis 1938 für die kommunalen Betriebe zuständig. Dann zogen er und Georges Moeckli als erste Sozialdemokraten in die Berner Kantonsregierung ein. Bis 1946 unterstand ihm dort die Direktion der Bauten und

der Schweizer Politik

Sozialarchiv



Robert Grimm auf dem Balkon des Volkshauses in Zürich 1912. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde das Bild fälschlicherweise dem Generalstreik zugeordnet. Der 12. Juli war ein strahlend schöner Tag. Auf dem Bild jedoch lauschen die Arbeiter mit aufgespannten Regenschirmen Grimms Rede. Zudem sind im Hintergrund Buden und Karusselle auszumachen, was eher auf den 1. Mai hinweist.

Eisenbahnen. In der Kriegswirtschaft leitete er zudem die für die Energieversorgung zuständige Sektion Kraft und Wärme. Schliesslich beendete er seine Berufskarriere von 1946 bis 1955 als Direktor der Bern-Lötschberg-Simplon-Bahn BLS.

Daneben fand er aber immer Zeit, um sich um die Entwicklung der Arbeiterbewegung zu kümmern. Er gehörte zu den Initianten der Wiener Internationale, die für einige Jahre die radikaleren Sozialdemokratischen Parteien vereinigte, und anschliessend bis zu deren Untergang zu den Führern der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. An den Debatten der SP nahm er ebenfalls lebhaft Anteil, so für die Anerkennung der militärischen Landesvertei-

digung oder 1920 und 1935 als Hauptautor der Parteiprogramme. Während des Zweiten Weltkriegs eckte er mit seiner dezidierten Kritik an Nationalsozialismus und Faschismus nicht nur bei der deutschen Gesandtschaft und den schweizerischen Rechtsextremen an, sondern auch bei General Guisan.

Gegen den Kalten Krieg

Als sich nach dem Zweiten Weltkrieg, im Kalten Krieg, ein grosser Teil der SP ins Lager der geistigen Landesverteidigung einordnete, machte Grimm nicht mit. Er kritisierte sowohl Kapitalismus als auch Kommunismus, was in der damaligen geistigen Enge als Kryptokommunismus ausgelegt wurde, und dies ausgerechnet

bei dem Mann, der 1919 und nach 1944 dafür gesorgt hatte, dass die KP respektive die PdA möglichst wenig Sozialdemokraten abwerben konnte. Seine Ansicht, der Kapitalismus werde immer wieder Krisen hervorbringen, betrachteten viele Parteikollegen als realitätsfern. Einer seiner letzten Zeitungsartikel, in dem er eine künftige Renaissance des Marxismus ankündigte, schien damals völlig weltfremd zu sein. Am 8. März 1958 verstarb Grimm nach längerer schwerer Krankheit.

Bernard Degen ist Historiker und Redaktionsmitglied beim Jubiläumsbuch «Einig – aber nicht einheitlich».

Für ein anderes Europa

Madrid, 17. April 2013: Rund dreissig Generalsekretärinnen und Generalsekretäre der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien treffen sich zum jährlichen Austausch. Hauptthema: die Wahlen ins Europaparlament vom Mai 2014. Vier Fragen an Achim Post, Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE).

Die Europawahl 2014 ist die achte Wahl, bei der das Europäische Parlament direkt gewählt wird; es ist bis heute die einzige direkt gewählte supranationale Institution weltweit. 751 Sitze sind zu besetzen. Kein Thema für die Schweizerinnen und Schweizer? Mitnichten! In der Schweiz sind rund eine Million Einwohnerinnen und Einwohner in der EU wahlberechtigt. Höchste Zeit, sich dazu ein paar Gedanken zu machen.

Im Mai 2014 finden die Wahlen ins Europäische Parlament statt. Mit welchem Ziel tritt die SPE an? Natürlich wollen wir gewinnen! Das heisst: Wir wollen die stärkste Fraktion stellen. Wir wollen eine fortschrittliche Mehrheit im Europäischen Parlament formieren. Und wir wollen, dass die Spitzenkandidatin respektive der Spitzenkandidat der SPE Präsidentin oder Präsident der EU-Kommission wird. Dazu brauchen wir eine überzeugende Persönlichkeit und ein überzeugendes Wahlprogramm.

Kannst du uns schon etwas über die Inhalte der Kampagne verraten?

Person und Programm werden auf dem Kongress der SPE im Februar 2014 bestimmt. Aber eines ist schon jetzt klar. Die Sozialdemokratie kämpft für ein anderes Europa. Zurzeit ist die EU eindeutig von den Konservativen dominiert. Das zeigt ja auch die einseitige Sparpolitik in der EU, die die Krise verschärft statt gelöst hat. Das wollen wir ändern: In Brüssel und in den Mitgliedsstaaten. Deshalb standen



Achim Post ist Generalsekretär der SPE und Leiter der Abteilung Internationale Politik beim Parteivorstand der SPD.

beim letzten SPE-Treffen der Generalsekretäre in Madrid folgende Ziele im Mittelpunkt: Wachstum und Arbeitsplätze, Bändigung der Finanzmärkte, das soziale Europa, Nein zur Austeritätspolitik.

Welches sind die Herausforderungen einer europaweiten SPE-Kampagne? Gibt es überhaupt ein Thema, das die europäischen Staaten von Portugal bis Schweden gleichermassen betrifft? Die Herausforderungen einer europaweiten Kampagne sind enorm. Aber auch die damit verbundenen neuen Möglichkeiten: Zum ersten Mal seit den ersten Direktwahlen ins Europäische Parlament 1979 gibt es europaweite Spitzenkandidierende, die gleichzeitig die Kandidierenden für das Amt des EU-Kommissionspräsidentiums sind. Zum ersten Mal

wird damit in Europa nicht nur das Parlament gewählt, sondern auch die Regierung. Zum ersten Mal werden die Spitzenkandidierenden einen Wahlmarathon nicht nur in einem Land, sondern in der gesamten Europäischen Union bestreiten. Verbunden mit der Frage nach dem einen Thema für ganz Europa bekommt auch das Wahlprogramm der SPE eine völlig neue Bedeutung. Bisher haben die Mitgliedsparteien das jeweilige SPE-Wahlmanifest eher als Angebot betrachtet, mit dem man arbeiten konnte oder eben auch nicht. Das wird 2014 anders. Eine gemeinsame Spitzenkandidatin oder ein gemeinsamer Spitzenkandidat kann ja schlecht mit 28 unterschiedlichen Wahlprogrammen durch die Lande ziehen. Deshalb wird es für 2014 ein kurzes, hoffentlich klares Wahlprogramm mit höchstens 10 Punkten auf höchstens 5 Seiten geben.

Wie schafft man es, über die Ländergrenzen hinweg und ohne gemeinsame Medien zu mobilisieren?

Die Mobilisierung ist in der Tat das entscheidende Moment bei allen Wahlen – bei Europawahlen aber ganz besonders! Deshalb brauchen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vor allem drei Dinge: die richtige Person, ein klares Programm und – auf Neudeutsch – eine Performance, die stimmt. Wirklich wahlentscheidend wird am Schluss sein, ob die Wählerinnen und Wähler das Gefühl, vielleicht sogar die Gewissheit haben, dass es dieses Mal wirklich um etwas geht. Dazu brauchen wir engagierte Mitgliedsparteien. Und eine engagierte SPE.

Leyla Gül, Co-Generalsekretärin, hat für die SP Schweiz am Treffen der SPE in Madrid teilgenommen.



Die Generalsekretärinnen und Generalsekretäre der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas (2. v.r.: Leyla Gül)

Nein zur radikalen Total-liberalisierung

Noch bei jeder Abstimmung zur Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten sagte das Luzerner Stimmvolk Nein. Das letzte Mal vor weniger als einem Jahr beim erfolgreichen Referendum von SP, Gewerkschaften und Detaillisten. Man durfte hoffen, dass die Zwängerei bei den Ladenöffnungszeiten damit endlich ein Ende fände. Doch weit gefehlt. Marcel Budmiger

Die Jungfreisinnigen beharren auf ihrer Initiative «Für freie Ladenöffnungszeiten», welche nun am 9. Juni zur Abstimmung kommt. Die radikale Initiative verlangt die gänzliche Abschaffung des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes (RLG). Dies hätte eine Totalliberalisierung der Ladenöffnungszeiten mit allen negativen Auswirkungen zur Folge. Diese Kampfansage an das Verkaufspersonal und die KMU im Detailhandel strapaziert die direktdemokratischen Institutionen. So schreibt selbst der Regierungsrat in seiner Botschaft zur Initiative, dass eine Unterstützung der Initiative als «Missachtung des Volkswillens» interpretiert würde.

Shoppen rund um die Uhr?

Neben den bekannten Gründen gegen längere Ladenöffnungszeiten (schlechtere Arbeitsbedingungen fürs Personal, Belastung des Familienlebens, Verdrängung von kleinen Läden usw.) hat die Totalliberalisierung weitere negative Folgen: Einige Läden könnten neu rund um die Uhr geöffnet bleiben, was für nächtlichen Lärm und Mehrverkehr sorgen würde. Die 24-Stunden-Konsumgesellschaft entspricht aber sicher keinem Kundenbedürfnis. So sprachen sich im Kanton Zürich nur gerade 29 Prozent der Stimmberechtigten für die ähnlich gelagerte FDP-Initiative «Der Kunde ist König» aus. In unserer hektischen Zeit müsste der Trend eher in die andere Richtung gehen. Das Personal, Geschäftsinhaber, Anwohner aber auch die Konsumentinnen haben ein Anrecht auf eine Konsumzwang-Pause. Zudem ist der Wildwuchs der Öffnungszeiten, der bei einer Totalliberalisierung entstehen würde, alles andere als konsumentenfreundlich. Niemand weiss, wann welche Läden offen haben, weil ein vernünftiger Rahmen fehlt.

Ladenöffnungszeiten bleiben Dauerbrenner

Auch nach dem 9. Juni werden wir uns weiterhin mit der Thematik auseinandersetzen



müssen. Das nationale Referendum gegen den 24-Stunden-Arbeitstag an Tankstellen wurde bereits eingereicht. Zu offensichtlich ist die Salomitaktik der Liberalisierer. Denn noch bevor über den 24-Stunden-Einkaufsbetrieb bei Tankstellen abgestimmt wurde, verlangt die GLP eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten, weil die Tankstellen gegenüber anderen Läden bevorzugt würden. Andere Vorstösse sind durchdacht. Sie wollen die Mitbestimmung der Bevölkerung einschränken. Mit der bereits überwiesenen Motion von CVP-Ständerat Filippo Lombardi sollen dem Kanton Luzern tägliche Öffnungszeiten bis 20 Uhr auf-

gezwungen werden – auch mit Unterstützung unserer bürgerlichen Luzerner Volksvertreter. FDP-Ständerat Fabio Abate will die Sonntagsarbeit gar auf dem Verordnungsweg ausdehnen, was ein Referendum verunmöglichen würde. Umso wichtiger ist ein klares Signal aus Luzern am 9. Juni.

Marcel Budmiger
Geschäftsleiter Luzerner
Gewerkschaftsbund,
Grossstadtrat SP



«Man muss bei jenen Leuten ansetzen,

Im Juni debattiert der Grosse Rat den Sozialbericht 2012. Dieser geht auf eine Initiative der SP-Grossrätin Andrea Lüthi zurück. Der ehemalige Bundesratssprecher Oswald Sigg sprach mit Lüthi über den Inhalt des Sozialberichts und die anstehende Debatte im Kantonsparlament. Interview: Oswald Sigg

Oswald Sigg: Gregor Gysi sagte, die Politiker sollten die Kausalität zwischen privater Misere und Sozialpolitik erklären können. Bist du einverstanden?

Andrea Lüthi: Mein Einstieg in die Politik entstand angesichts der privaten Misere meiner Klientinnen und Klienten, mit welchen ich in meinem Beruf als diplomierte Sozialarbeiterin zu tun hatte. Ich sah, wie die politischen Rahmenbedingungen sehr viel zur prekären Situation von Working poor oder alleinerziehenden Müttern beigetragen haben. Das war für mich das Motiv, um in die Politik einzusteigen. Hier in der Schweiz muss man den Leuten sagen, dass sie durch ihr Wahl- und Abstimmungsverhalten die Dinge verändern können. Denn leider machen allzu viele die Faust im Sack.

Und es gibt doch sicher auch diejenigen, für welche die anderen und darunter vorab die Ausländer an ihrer Lage schuld sind. Wirst du dann aufklärerisch?

Eher nicht. Ich versuche durch mein Engagement in der Politik etwas zu bewirken. Auch meinen Berufskolleginnen und -kollegen sage ich manchmal, ihr habt das Wissen und die Erfahrung und solltet euch damit politisch engagieren.

Der Sozialbericht 2012, welchen der Regierungsrat im vergangenen Dezember präsentiert hat, ist so verdienstvoll wie niederschmetternd: die Armut nimmt zu. Sind die vorgeschlagenen Massnahmen richtig und ausreichend?

Von einer Halbierung der Armut in den nächsten 10 Jahren, wie sich das der Regierungsrat 2009 zum Ziel gesetzt hat, sind wir weit entfernt. Der Bericht zeigt aber auch, welche Instrumente zur Bekämpfung von Armut wir überhaupt haben. Der Regierungsrat setzt die Prioritäten pragmatisch, mit der Kostenschere im Hinterkopf. Konkret geht es darum, Bestehendes zu optimieren, Lücken zu füllen und zu sensibilisieren. Die ausgewählten Massnahmen werden 10 Millionen Franken kosten, das können wir uns leisten. Aber die Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (FamEL) wären viel wirkungsvoller. Sie wären leider auch viel teurer. Man muss bei jenen Leuten ansetzen, die es am nötigsten haben: den Working poor, den Familien mit Kindern. Alles andere entspricht dem Giesskannenprinzip.



Oliver Lüthi

Lüthi: «Mein Einstieg in die Politik entstand angesichts der privaten Misere meiner Klientinnen und Klienten.»

welche es am nötigsten haben»

Der Grosse Rat wird hier doch Einfluss nehmen?

Das hat er schon gemacht, nur leider im restriktiven Sinn. So schlägt die vorberatende Kommission vor, die vom Regierungsrat genannten 10 Millionen Franken als Kostenobergrenze zu fixieren ... In der Fraktion haben wir eine Intervention zugunsten der Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (FamEL) erwogen, sie aber als zu riskant verworfen. Wir haben jedoch empfohlen, im nächsten Sozialbericht die Bereiche Wohnen und Erwerbseinkommen aufzugreifen. Das wurde allerdings von der Kommission abgelehnt. Man hat Angst vor weiteren Forderungen wie Mindestlöhnen, Gesamtarbeitsverträgen, Wohnbauförderung usw. Vermutlich werden wir das im Plenum nochmals aufnehmen.

Der bernische Regierungsrat hat für dringende Sozialmassnahmen 10 Millionen Franken übrig und das VBS beantragt für ein neues Informatiksystem 9

Milliarden Franken – was sagst du dazu?

Das kann man niemandem erklären. Irgendwann ist das Fass voll und die Leute werden rebellieren. So entstehen in anderen Ländern soziale Unruhen, aber wir haben hier zum Glück immer noch die direktdemokratischen Möglichkeiten, um zu intervenieren.

Kommen wir auf die Diskussion um die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS zu sprechen. Ist diese als politische Institution gefährdet?

Die SKOS sieht sich mit bedeutendem Widerstand konfrontiert. Dieser äussert sich unter anderem in der Kritik gegen das geplante Bundesrahmengesetz für Existenzsicherung. Doch die SKOS hat rund 600 Mitglieder, wenn jetzt zwei oder drei austreten, sind das Kieselsteine, die hoffentlich nicht zur Gerölllawine anwachsen. Man kann ja wirklich froh sein, dass so viele Fachleute aus Bund, Kantonen und Gemeinden sich in diesem Verein zusammenraufen und Richtlinien für die soziale Arbeit entwickeln. Das ist eine grosse Leistung.

Beabsichtigt denn die Motion von Grossrat Ueli Studer (SVP), welche eine Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe verlangt – sprich eine Kürzung der Sozialhilfeunterstützung um 10 Prozent –, nicht auch die Abschaffung der SKOS-Richtlinien?

Welche Absichten Ueli Studer dabei hat, ist mir nicht klar. Ich hoffe sehr, dass die Motion ab-

gelehnt wird, und bin über das Lobbying der SKOS-Allianz Bern sehr froh.

Die Sans papiers und die Nichtbezüger von Sozialhilfe sind die Untergetauchten in unserer Gesellschaft. Um sie kümmern sich weder die Politik noch die Medien. Warum?

Je professioneller die Sozialhilfe in einer Gemeinde oder in einem Kanton organisiert ist, umso tiefer ist die Nichtbezugsquote. Mit einem Sozialhilfe-System, das einen würdigen Umgang mit den Gesuchstellern pflegt, wird die Hemmschwelle auch tiefer, es in Anspruch zu nehmen. Anders gesagt: Wenn Profis am Werk sind, kommt man eher zu seinem Recht.

«Je professioneller die Sozialhilfe organisiert ist, umso tiefer ist die Nichtbezugsquote»

Gehört eigentlich die Sozialinspektion auch zur professionellen Sozialhilfe?

Es ist gut, wenn man Indizien bei komplexeren Fällen abklären lassen kann. In der professionellen Sozialarbeit spielt jedoch der Datenschutz eine grosse Rolle. Früher haben die Sozialkommissionen jedes einzelne Gesuch behandelt, da wurde dann sogar im Dorfladen über einzelne Fälle geredet.

Du präsidierst die grossrätliche Kommission, welche die überwiesene Parlamentarische

Initiative betreffend Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (FamEL) berät. Hier geht es um eine konkrete Massnahme zur Armutsbekämpfung. Wie sieht es da aus?

Die bürgerlichen Kommissionsmitglieder waren zunächst ablehnend, mussten dann aber doch erkennen, dass diese Massnahme geeig-

«Der Regierungsrat setzt die Prioritäten pragmatisch, mit der Kostenschiere im Hinterkopf»

net wäre, um die Schwierigkeiten der Working poor und der Familien direkt zu lindern. Jetzt sind sie dazu bereit, ein entsprechendes Gesetz für FamEL auszuarbeiten. Ein erstaunlicher Vorgang.

Dann bist du zuversichtlich?

Nein, gar nicht. Wenn die Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (FamEL) jetzt im Grossen Rat zur Abstimmung kämen, würden sie abgelehnt. Vieles ist noch offen, aber es ist gut, dass wir jetzt konkret am Gesetz weiterarbeiten können und es nicht schon beerdigt worden ist.

Andrea Lüthi, ausgebildete Sozialarbeiterin und SP-Grossrätin, ist seit 2009 Geschäftsführerin der Berner Konferenz für Sozialhilfe, Kindes- und Erwachsenenschutz BKSE.

Oswald Sigg, ehemaliger Bundesratssprecher, arbeitet unter anderem als Redaktor für den sozialpolitischen Mediendienst www.haelfte.ch.



Der Sozialbericht 2012 geht auf eine Initiative der SP-Grossrätin Andrea Lüthi zurück.

SOZIALBERICHT 2012

Unter der Federführung von SP-Grossrätin Andrea Lüthi wurde 2010 die überparteiliche Motion «Bekämpfung der Armut im Kanton Bern» eingereicht. Diese nahm der Grosse Rat im Juni 2010 deutlich an. Der Regierungsrat wurde damit beauftragt, einen Massnahmenplan zur Reduzierung der Armut im Kanton auszuarbeiten. Dieser wurde im Dezember 2012 präsentiert. Die vorberatende Kommission des Grossen Rates nahm im April 2013 zustimmend Kenntnis vom entsprechenden Sozialbericht. Der Grosse Rat wird den Bericht in der Junisession debattieren.

Der Sozialbericht 2012 kann unter folgendem Link heruntergeladen werden:
www.gef.be.ch/gef/de/index/soziales/soziales/sozialbericht_2008.html

KOMMENTAR

Vollends unnütz

Die meisten in letzter Zeit im Kanton Aargau projektierten Strassenprojekte hat die SP abgelehnt. Keines ist aber so



unnütz und unsinnig wie die am 9. Juni zur Abstimmung kommende Südwestumfahrung Brugg. Mit dieser würde der wichtigste Verkehrsstrom durch Brugg und Windisch vom Zurzibiet zur Autobahneinfahrt im

Birrfeld gleich bleiben, ebenso das berüchtigte Nadelöhr «Neumarktkreuzung» und mit ihm die täglichen langen Staus. Und der Verkehr quält sich weiterhin über den Brugger Bahnhofplatz.

Um die Mängel am Projekt zu vertuschen, wird erklärt, die Südwestumfahrung sei ein Teil von vier Projekten, die die Verkehrsprobleme in Brugg/Windisch lösen sollen. Diese Vorstellung ist mehr als illusorisch. Die Nordumfahrung Windisch ist in Windisch selber umstritten, der Baldeggtunnel mit einer Kostenschätzung von über 800 Millionen Franken ein Relikt aus den wachstumsgläubigen fünfziger Jahren. Die Teilprojekte werden keine nachhaltigen Verbesserungen bei den Kapazitätsengpässen schaffen. Dies kann aufgrund der Südwestumfahrung gut aufgezeigt werden. Die prognostizierten DTV-Zahlen* werden sich 2025 mit oder ohne Umfahrung kaum unterscheiden. Wenn dafür noch 50 Millionen aufgewendet werden, zeigt das nur, dass für Strassenprojekte zu viel Geld vorhanden ist. Der Bund hat bei der Prüfung des Agglomerationsprogramms Aargau-Ost das Projekt von A (vom Kanton als dringend eingestuft) auf C gesetzt (Kosten-Nutzen-Verhältnis ungenügend).

Verkehrswachstum ist nicht einfach gottgegeben, sondern wird hauptsächlich durch die herrschende Ausbaupolitik im Verkehr verursacht. Es ist höchste Zeit, dass auch im Kanton Aargau andere Ansätze einer nachhaltigen Mobilitäts politik geplant und umgesetzt werden. Darum: Am 9. Juni NEIN zu diesem Projekt!

* DTV: durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke

Jürg Cafilisch von Baden ist SP-Grossrat und Präsident VCS Aargau.

1:12-INITIATIVE

Vier falsche (bürgerliche) Argumente

Die Wirtschaftselite ist nach dem Ja zur Abzocker-Initiative in Panik. Ende dieses Jahres werden wir über die „1:12-Initiative für gerechte Löhne“ abstimmen. Diese Initiative will, dass der höchste im gleichen Unternehmen bezahlte Lohn maximal zwölf Mal höher sein darf als der tiefste Lohn. Bereits jetzt haben bürgerliche Politiker und Ökonomen begonnen, aus allen Rohren gegen die Initiative zu feuern. Höchste Zeit, einige ihrer Behauptungen zu berichtigen.

■ **«Die Initiative ist schlecht für die Wirtschaft!»**

Das Gegenteil ist der Fall. Heute besitzt eine kleine Minderheit riesige Vermögen: 1 Prozent der Schweizer Bevölkerung besitzt mehr Vermögen als die restlichen 99 Prozent zusammen. Ein Grund dafür sind die exorbitanten Lohndifferenzen. Diese Vermögen lassen sich in der Realwirtschaft gar nicht mehr gewinnbringend investieren. Deshalb werden sie im Finanzcasino verspekuliert, und es entstehen Blasen, die irgendwann platzen. Die Krise zeigt, wie verheerend das ist. Die 1:12-Initiative bringt wieder mehr vom Reichtum zu den Menschen und damit in die lokale Wirtschaft. Dort gibt es keine Spekulationsblasen.

■ **«Die hohen Löhne in den grossen Unternehmen sind eine Folge der Leistungsgesellschaft!»**

In einer Leistungsgesellschaft würden es die Besten bis ganz nach oben schaffen. Davon sind wir heute aber weit entfernt. Wenn die UBS 2,5 Milliarden Verlust macht, gleichzeitig 2,5 Milliarden

Boni auszahlt und ihr CEO Sergio Ermotti im gleichen Jahr fast 9 Millionen «verdient», hat das mit Leistung nichts mehr zu tun. Und das ist kein Einzelfall. Das System ist krank: Ganz nach oben schaffen es nicht mehr die Besten, sondern die Schamlosesten und Gierigsten.

■ **«Die hohen Löhne sind Ausdruck des Marktes!»**

Die absurden Saläre der Topmanager haben mit Markt überhaupt nichts zu tun. Vielmehr besetzen die CEO und Verwaltungsräte die Entscheidungsorgane mit ihresgleichen. Lufthansa, Deloitte, Syngenta, FannieMae, Zü-

rich Versicherungen, BMW, British American Tobacco, ThyssenKrupp und Roche – das ist nicht eine beliebige Liste von börsenkotierten Multis, sondern die Liste der Firmen, die im UBS-Verwaltungsrat vertreten sind. Im Klartext: Die Abzocker platzieren sich gegenseitig in den Verwaltungsräten und schenken sich die Superboni und Millionensaläre zu.

■ **«Die Initiative ist für die Unternehmen ganz einfach zu umgehen: Sie lagern einfach das Topmanagement oder die tiefsten Löhne aus!»**

Beides ist falsch. Die angenommene Abzocker-Initiative hält im neuen Artikel 95 in der Bundesverfassung betreffend börsenkotierte Unternehmen fest: «Die Führung der Gesellschaft kann nicht an eine juristische Person delegiert werden.» Eine ausgelagerte Novartis-Management AG wäre demnach illegal. Auch die Auslagerung gegen unten ist nicht so ein-

Die absurden Saläre der Topmanager haben mit Markt überhaupt nichts zu tun.

fach. Gemäss Initiative bedeutet «Unternehmen», dass verschiedene Teile einer Holding, von Subunternehmen oder Selbstständige im festen Auftragsverhältnis unter die 1:12-Regel fallen. Wer etwas anderes behauptet, ruft zum Verfassungsbruch auf.

Cédric Wermuth hat auf seiner Webseite die zwölf gängigsten Argumente der bürgerlichen Seite gegen die 1:12-Initiative und unsere Antworten aufgelistet (www.cedricwermuth.ch/zwoelf-buergerliche-argumente). Gerne kommt er auch in deiner Sektion vorbei und stellt sich der Diskussion mit den SP-Mitgliedern: cedric.wermuth@spschweiz.ch.

1:12

Cédric Wermuth von Baden ist SP-Nationalrat und Mitglied des Initiativkomitees der 1:12-Initiative.





Dreissig Jahre Solidarität

In Nordafrika sind tiefgreifende Umwälzungen im Gange. Die Volksbewegungen kämpfen für eine soziale und egalitäre Gesellschaft. Dabei zählen sie auch auf unsere Solidarität. Aus Anlass seines 30-jährigen Bestehens berichtet der Solifonds von aktuellen Entwicklungen im Maghreb.

Für 96 Algerierinnen und Algerier endete die Reise an das diesjährige Weltsozialforum vom 26. bis 30. März in Tunis in der Frühe des 25. März: Am Grenzübergang zu Tunesien beschiedenen ihnen die algerischen Behörden, es gebe für sie keine Ausreise. Und so blieben die Delegierten der Menschenrechtsliga, der autonomen Gewerkschaften, der Erwerbslosenkomitees, der Organisation der Verschwundenen und des unabhängigen Anwaltsverbands an der Grenze, bis ihnen am letzten Tag des Forums schliesslich die Ausreise erlaubt wurde. «Das Regime wollte verhindern, dass am

Sozialforum die Verletzung der Menschenrechte in Algerien zur Sprache gebracht wird», bilanzierte Rachid Malaoui, Präsident der unabhängigen Gewerkschaft SNAPAP. Offensichtlich machen die tägliche soziale Mobilisierung und die Proteste – 2012 waren es mehr als 11 000! – die algerische Regierung nervös.

Repressive Behörden

Bereits im Februar hatte die algerische Polizei elf Erwerbslose aus Mauretanien, Marokko und Tunesien verhaftet, die mit Unterstützung des Solifonds nach Algerien gereist waren, um am Forum von maghrebischen Erwerbslosen teilzunehmen. Auf dem Flughafen mussten sie bis zu drei Tage ausharren, ehe sie aus dem Land geschafft wurden. Algerische Teilnehmende des Forums wurden gleichzeitig am Sitz der SNAPAP verhaftet. Mit ihrem repressiven Vorgehen verhinderten die algerischen Behörden und Sicherheitskräfte das Forum, dessen Ziel es war, den Kampf der verschiedenen Komitees gegen Erwerbslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse in einer «Maghrebischen Charta» zusammenzuführen. Vorbereitungstreffen in Tunesien und Marokko hatten deutlich gemacht, wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen ist, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und individuelle wie kollektive Freiheiten zu erkämpfen. Es geht darum, schreibt die Vorbereitungsgruppe, «gemeinsam eine solidarische Ökonomie aufzubauen, um Umverteilung und soziale Gerechtigkeit zu erreichen für ein Volk ohne Grenzen».

Kampf für Demokratie und Würde

1988 habe die Bevölkerung in Algerien eine politische Öffnung und die erste demokratische Revolution im Maghreb erkämpft, stellt Malaoui fest. Leider sei dieser Aufbruch durch den Bürgerkrieg zwischen Islamisten und Regime zunichte gemacht worden. Heute kämpfen die demokratischen Volksbewegungen in Tunesien und Ägypten, aber auch in Marokko gegen dieselben militärisch-diktatorischen und fundamentalistisch-religiösen Gegner für «Demokratie und Würde». Ein Kampf, der dauern wird und schwierig ist, wie sich zwei Jahre nach den breiten Volksaufständen in Nordafrika zeigt.

Direkte und rasche Unterstützung

Die Unfähigkeit der Regierungen, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen, und die Erfahrungen der politischen Freiheiten bestärken die sozialen Bewegungen und Organisationen in ihrer Arbeit. Sie fordern unsere Solidarität mit ihren Kämpfen. Direkte und rasche Unterstützung, wie sie der Solifonds leistet, ist dringend nötig. Es geht aber auch darum, dass wir uns gemeinsam einer Wirtschaftspolitik, in deren Zentrum die Interessen des Nordens stehen, und einer immer repressiveren Migrationspolitik entgegenstellen. Nur so können die Ziele der Volksaufstände in Nordafrika erreicht werden: partizipative Demokratie, eine solidarische Ökonomie und soziale Gerechtigkeit.

SOLIFONDS

Seit 30 Jahren unbürokratisch solidarisch

1983 vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, der SP Schweiz, Solidar Suisse/Schweiz, Arbeiterhilfswerk und dreizehn entwicklungspolitischen Organisationen gegründet, leistet der SOLIFONDS (Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt) rasche und unbürokratische Unterstützung. Zum Beispiel im Maghreb für unabhängige Gewerkschaften, Frauenorganisationen, ein Netzwerk für eine alternative Wirtschaftspolitik oder für die Chômeurs. Für die Zukunft hofft der SOLIFONDS auf viele neue Spenderinnen und Spender, dank denen diese Unterstützung möglich ist.

www.solifonds.ch PC 80-7761-7



Urs Sekinger
ist Koordinator des Solifonds

KNALLROT

Yvonne Feri

ist Nationalrätin AG und
Präsidentin der SP Frauen Schweiz

Vier Initiativprojekte

Lohnungleichheit und eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter in allen Berufen ist nicht nur eine Frage der Gleichberechtigung, sondern entscheidet auch über soziale Sicherheit. Deshalb setzen wir für die kommenden Jahre einen Schwerpunkt bei der Thematik «ökonomische Gleichstellung». Damit ist die umfassende finanzielle Absicherung aller Geschlechter und aller Familienmodelle gemeint.

Wer finanzpolitisch mit so stumpfsinnigen Lösungsvorschlägen wie der Familieninitiative politisiert und jungen Frauen im gleichen Atemzug zur Aufgabe ihres Berufes rät, verkennt die Realität des Hausfrauendaseins und betreibt Armutsförderung. Fünfzig Prozent der Ehen werden leider geschieden. Eine geschiedene, alleinerziehende Mutter die während der Ehe nicht berufstätig war, landet in der Regel beim Sozialamt. Das ist die Realität, die der Idylle der nicht berufstätigen Mutter- und Hausfrau gegenübersteht. Es kann doch nicht sein, dass Frauen zum einen weniger verdienen und zum anderen auch noch die ganze unbezahlte Care-Arbeit tragen müssen, die wiederum zu einer schlechteren Absicherung bei den Sozialversicherungen führt.

Die SP Frauen Schweiz verfolgt aus diesen Gründen vier Initiativprojekte, die alle unter dem Label der ökonomischen Gleichstellung der Geschlechter laufen. Diese werden wir nun detailliert ausarbeiten und der Geschäftsleitung der SP Schweiz zur Weiterverfolgung unterbreiten.

1. Volksinitiative: Kontrolle und Umsetzung der Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern. Die Initiative fordert die Einrichtung einer Behörde.
2. Volksinitiative: Ausgewogene Geschlechtervertretung in allen Berufen und Behörden. Die Initiative fordert verbindliche Zielvereinbarungen und Geschlechterförderungsmassnahmen auf nationaler und kantonaler Ebene.
3. Volksinitiative: Care-Arbeit ermöglichen für alle Geschlechter. Die Initiative fordert die Anpassung der Sozialversicherungen zugunsten der unbezahlten Care-Arbeit.
4. Volksinitiative: 1 Krippen- oder Tagesschulplatz pro Kind in der Schweiz. Die Initiative fordert ein bedarfsgerechtes vorschulisches und schulisches Kinderbetreuungsangebot zu familiengerechten Tarifen.

Linker Treffpunkt im

Hoch über Intragna an einem Sonnenhang liegt der idyllische Ferienort Al Forno, ein traditioneller Treffpunkt von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Dank dem couragierten Einsatz von Mascha Oettli, der ersten Zentralsekretärin der SP Schweiz, fanden dort während des Nationalsozialismus sozialistische Widerstandskämpfer aus Deutschland Unterschlupf. André Daguet

Von der Bahnstation Intragna am Tor zum Centovalli aus nehmen wir den steilen Weg nach Al Forno unter die Füsse. Schon im Aufstieg sind wir tief beeindruckt von den vielen terrassierten Hängen, die an die vielen Rebberge der letzten Jahrhunderte erinnern und den Blick über die Ebene des Pedemonte mit dem Fluss Melezza bis hinüber zum Lago Maggiore schweifen lassen. Eine wilde Natur von alpinem und mediterranem Charakter.

Nach einer halben Stunde Fussweg erreichen wir Al Forno mit den sechs alten Rustici. Das sind traditionelle Tessiner Steinhäuser aus massiven Natursteinmauern und mit hölzernen Böden und Decken. Wer eintritt, dem erzählen die Rustici ihre Geschichte von früher. Jedes Rustico hat seinen eigenen Namen und Charakter: Casa Al Forno, das Haupthaus, Casa del Bosco, Casa Mascha, Casa Polera, Casa Bellavista und Casa Fienile.

Weitläufiges Feriencentrum

Die liebevolle Einrichtung der alten Rustici überzeugt durch ihre Schlichtheit. Ein Holzofen oder Cheminée wärmt den Raum. Und die Häuser verfügen inzwischen über Warmwasserduschen und komplett ausgestattete Küchen. Selbst ein Grundstock an Gewürzen ist für neu eintreffende Feriengäste bereits vorhanden. Eine gute Gelegenheit, sich endlich einmal Zeit fürs Kochen zu nehmen.

Das Feriencentrum ist sehr weitläufig. Steinerne Treppen und Pfade verbinden die Rustici und führen über Wiesenmatten zum Bambuswald oder zur «Windharfe» und anderen geheimen Ecken. Und wer sucht und hinschaut, dem gibt der wilde Garten seine Schätze preis. Es warten halbschattige Plätze, ausgestattet mit Tisch und Gartenstuhl, zum Lesen, Spielen und Essen. Zwischen den Rebstöcken und Feigenbäumen lässt es sich dösen und träumen. Und im «Waldstadion» spielen Jung und Alt Fussball.

Sozialdemokratische Geschichte

Eine international zusammengesetzte Gruppe von Sozialistinnen und Sozialisten, vor allem aus der Schweiz und Deutschland, kaufte Al Forno während des Zweiten Weltkriegs mit der Idee, ein Zentrum für politischen Gedankenaustausch, aber auch für Erholung zu schaffen. Während und nach dem Krieg war Al Forno ein

geschützter Ort für politische Flüchtlinge aus Deutschland, betreut von Mascha Oettli, der SP-Pionierin der politischen Bildungsarbeit und Frauenbewegung. Sie war eine engagierte Kämpferin für Gleichstellung und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Im Alter von 44 Jahren wurde Mascha Oettli 1952 erste Zentralsekretärin der SP Schweiz und gleichzeitig mit einem Pensum von 25 Prozent Zentralsekretärin der Sozialdemokratischen Frauengruppen der Schweiz. Während 18 Jahren, bis zur Pensionierung, arbeitete die engagierte Genossin bei der SP Schweiz. Sie verstarb 1997 im Alter von 89 Jahren.



Al Forno wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Begegnungsort für Genossinnen und Genossen. Träger ist heute ein der SP Schweiz nahestehender Verein, dessen Mitglieder der bestmöglichen Wahrung der Feriengemeinschaft verpflichtet sind. Der Verein wurde 1982 von Mitgliedern der SP Schweiz gegründet, neben Mascha Oettli unter anderem vom damaligen Vizepräsidenten der SP Schweiz, Peter Vollmer, sowie vom einstigen Zentralsekretär Rudolf H. Strahm, der sich stark für die Wiederbelebung von Al Forno als Ferien- und Begegnungsort einsetzte und selber viel Zeit im Al Forno verbrachte, um sich zu erholen oder in Ruhe an seinen Büchern zu schreiben.

wilden Centovalli

Wunderbare Touren rund ums Centovalli

Al Forno ist nicht nur ein Ort der Begegnung und der Entspannung. Es winken zahlreiche Ausflüge und Wanderungen auf die umliegenden Alpen und Berge oder ins nahe gelegene Onsernone-Tal. Und nur wenige Gehminuten vom Ferienzentrum lädt der Riale di Mulitt unterhalb eines Wasserfalls zum romantischen Flussbad im Pozzo. Unten im Tal lässt sich in der wunderschönen, felsigen Melezza ein kühles Bad nehmen. Zudem liegt Locarno mit seinem Tessiner Stadt- und Kulturleben nur eine halbe Stunde von Intragna entfernt.

Intragna selber bietet übrigens neben Einkaufsmöglichkeiten mit Metzgerei, Bäckerei und Post verschiedene Grotti und Restaurants. Wahrzeichen des Dorfes ist der Campanile, der höchste Kirchturm im Tessin. Kultur und Geschichte Intragnas und der Umgebung lassen sich im ortsansässigen Regionalmuseum erfahren.

Von Ostern bis Ende Oktober

Der Ferienort Al Forno ist jeweils von Ostern bis Ende Oktober in Betrieb und wird von Ursula Gerber und Hannes Schneider betreut, die die Ferienidylle bereits seit sechzehn Jahren mit viel Engagement und Herzlichkeit verwalten. Ein Blick in die Statistik zeigt: Die Zahl der Übernachtungen hat in dieser Zeit um rund 60 Prozent zugenommen. Das macht heute jährlich zwischen 6000 und 7000 Übernachtungen. Die Zahl der Feriengäste pro Jahr beläuft sich heute auf über 900 Personen.

Im Verlaufe der letzten Jahre sind zudem vermehrt kleine Schulklassen hinzugekommen, die vor allem in der Zwischensaison für ein paar Tage oder eine Woche nach Al Forno fahren, um ein besonderes Projekt, zum Beispiel in der Natur, zu realisieren. Das Gute dabei: Al Forno bietet eine geeignete Infrastruktur, um solche Schulklassen und auch andere Gruppen ideal unterzubringen.

Peter Vollmer, du bist seit vielen Jahren Präsident des Vereins Al Forno. Was reizt dich an dieser Aufgabe?



Ich kam bereits Ende der siebziger Jahre als Vizepräsident der SP in Kontakt mit Mascha Oettli, die den Begegnungsort im Tessin zusammen mit Genossinnen und Genossen aus der Schweiz und Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg auf-

gebaut hatte. Ihr Anliegen war es, die Zukunft der Feriengemeinschaft langfristig zu sichern. Auf Initiative von Ruedi Strahm haben wir deshalb 1982 einen Verein gegründet mit dem Ziel, Al Forno sozusagen als ideelles Erbe im Sinn und Geist der Gründergeneration weiterzuführen.

Ist das auch gelungen?

Ja, mit Erfolg. Wir haben in den letzten zwei Jahrzehnten grosse Anstrengungen unternommen, die alten Häuser und das terrassierte Gelände nach und nach sanft zu erneuern. Dass wir auf dem richtigen Weg sind, belegt die kontinuierliche Zunahme der Übernachtungen. Es ist wirklich idyllisch, ein paar Ferientage in dieser einzigartigen wilden Landschaft oberhalb Intragna zu verbringen. Und das Erfreuliche: Wir haben immer noch verschiedene internationale, vor allem deutsche Gäste, oft Nachkommen der seinerzeitigen Gründer. Im Vorstand sitzt darum auch immer ein Vertreter der (sozialdemokratischen) Philosophischen-Politischen Akademie mit Sitz in Frankfurt.

Peter Vollmer war von 1989 bis 2007 SP-Nationalrat



RESERVATION UND RICHTPREISE PRO NACHT

Die Preise 2013 sind unterschiedlich je nach Platzanspruch und Unterkunft. Für die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln wird ein Rabatt von 5% gewährt. Einmalig kommt die Miete von Bettwäsche für 13.50 pro Person dazu. Die Gäste versorgen sich selbst.

Beispiele: Mehrbettzimmer, DZ, EZ oder Häuschen/Wohnung: Fr. 37.- bis 47.- p. P.

Familie (2 E/2 K 4-13 J.), 2 Zi. (Haupthaus oder Wohnung): Fr. 98.- bis 108.-. Je nach Verfügbarkeit kann eine 4-köpfige Familie in kleinem Zi. im Haupthaus für Fr. 83.- unterkommen.

Kinder bis 13 J. (Klassenlager): Fr. 13.- bis 15.-, 14-17 J.: Fr. 17.- bis 20.-

Öffnungszeiten: Ende März bis Ende Oktober.

Anreise: Mit Centovallibahn oder Auto von Domodossola oder Locarno bis Intragna (Auto dort parkieren). Al Forno ist zu Fuss in ca. 30 Minuten oder mit der Seilbahn «Pila-Costa» erreichbar (bei der Mittelstation «Pila» aussteigen).

Kontakt: Feriengemeinschaft Al Forno, Pila, U. Gerber und H. Schneider, 6655 Intragna, info@al-forno.ch, 091 796 11 79 oder 078 789 50 76, www.al-forno.ch



Ursula Gerber und Hannes Schneider verwalten seit 1997 das Ferienzentrum Al Forno mit viel Liebe zum Ort und zur Natur, viel Herzlichkeit gegenüber den Gästen und mit grossem Engagement. Sie haben alle Hände voll zu tun. Wer mehr über Al Forno wissen will, kann jederzeit mit Ursula und Hannes Kontakt aufnehmen, telefonisch oder per Mail.



Dringend nötig oder unverhältn

Im sogenannten Hooligan-Konkordat regeln Bund und Kantone die polizeilichen Massnahmen zur Bekämpfung von Gewalt rund um Sportveranstaltungen. Nun soll das Konkordat mit einer Revision verschärft werden. Während diese in einigen Kantonen mit Unterstützung der SP durchgewinkt wurde, wird in anderen Widerstand geleistet – ebenfalls mit Unterstützung der SP. «links» hat die Klotener Sicherheitsvorsteherin Priska Seiler Graf und den Basler Fanarbeiter Thomas Gander nach ihrer Meinung zum «Hooligan-Konkordat» gefragt.

PRO Als Klotenerin bin ich natürlich ein grosser Fan der Kloten Flyers. Ich gehe nach wie vor sehr gerne an Matches, mein Sohn hat sogar eine Saisonkarte für die Stehrampe. Es ist mir darum als Fan, Mutter und besonders auch als Sicherheitsvorsteherin der Stadt Kloten ein grosses Anliegen, dass alle diese mitreissenden Spiele geniessen können – alte wie junge Leute, Jugendliche wie auch Kinder. Die Sicherheit muss darum jederzeit gewährleistet sein.

In letzter Zeit hat die Gewaltbereitschaft einzelner Fan-Gruppierungen massiv zugenommen, im Fussball noch stärker und intensiver als im Eishockey. Damit die Polizei wirksam und zielführend handeln kann, braucht es gewisse Verschärfungen des schon bestehenden Hooligan-Konkordates. Die wichtigste Neuerung ist die Verlängerung des Rayonverbots von einem bis auf maximal drei Jahre, das nun in der ganzen Schweiz gelten kann. Gleichzeitig unterstehen neu sämtliche Spiele der oberen Ligen einer Bewilligungspflicht. Vorgesehen ist, dass die Klubs der obersten Ligen diese Bewilligung in Form einer für die ganze Saison geltenden Rahmenbewilligung erhalten. Dabei wird jede mögliche Spielpaarung in einer dreistufigen Risikoskala fest-



gehalten. Nur Spiele der Stufe «Rot» gelten im Kanton Zürich als Hochrisikospiele. Dies betrifft zurzeit nur Fussballspiele (FC Basel gegen die beiden Zürcher Clubs und die Zürcher Derbys). Bei diesen Spielen wird es im und rund ums Stadion ein Alkoholverbot geben, was übrigens der bisherigen Praxis entspricht. Gleichzeitig wird für den Zugang zum Gästesektor der Billettverkauf über den Gastklub organisiert, Anreisemodalitäten und Anmarschroute werden geregelt. Durchsuchungen bei der Eintrittskontrolle werden in der gleichen Weise abgewickelt, wie dies heute schon der Fall ist: Nur die Polizei darf bei konkretem Verdacht unter den Kleidern untersuchen.

Diese Massnahmen helfen der Polizei, gewaltbereite von den «anständigen» Fans zu trennen und für deren Sicherheit sorgen zu können. Für die etwa 98 Prozent Matchbesucherinnen und Matchbesucher, welche keine Gewalt ausüben, wird sich nicht viel ändern. Die wenigen Unverbesserlichen aber, die ein ganzes Spiel ruinieren können, werden die Verschärfungen zu spüren bekommen.

Priska Seiler Graf ist Sicherheitsvorsteherin von Kloten und Kantonsrätin ZH

CONTRA Bereits der umgangssprachliche Titel «Hooligan-Konkordat» für das «Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen» ist falsch. Mit der Ausweitung des Gewaltbegriffs auf Bagatelldelikte, die zu schweizweiten Rayonverboten, Ausreiseverboten und Meldeauflagen bis zu drei Jahren aufgrund einer simplen Aussage und ohne richterlichen Entscheid – und das bereits ab einem Alter von 12 Jahren – führen können, geht es bei der vorgeschlagenen Gesetzesverschärfung schon lange nicht mehr um Hooligans. Sich für schärfere Gesetze und Auflagen auszusprechen, wenn es um Sportfans geht, scheint jedoch populär zu sein, sodass selbst linke Politikerinnen und Politiker dem Wettrüsten von Law-and-order-Kräften verfallen. Dabei wäre es wichtig, kritisch zu sein: Sind lückenlose ID-Kontrollen an den Stadioneingängen, ein Alkoholverbot ausserhalb des VIP-Sektors, verdachtsunabhängiges Abtasten am ganzen Körper durch private Sicherheitskräfte und ein festgeschriebenes Transportmittel für (alle) Gästefans bei Auswärtsspielen wirklich zielführend und mit unseren Grundrechten vereinbar, um Gewalt effektiv einzudämmen? Es seien ja nur «Kann-For-



mulierungen», so die gefährliche Argumentation der Befürworter. Ein neues Gesetz ist aber an seiner gesamten Tragweite und den gesamten Handlungsmöglichkeiten zu messen, nicht an Beschwichtigungsversuchen, die – denkt man sie zu Ende – das Verhältnismässigkeitsprinzip unterlaufen.

Mehr Sachlichkeit tut Not: Pro Saison besuchen über 4,5 Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer Spiele der höchsten Spielklassen in Eishockey und Fussball. Das Fedpol (Bundespolizei) schätzt die Zahl von gewaltbereiten Fans in der Schweiz auf 400 Personen. Ein so klar eingrenzbares Problem braucht kein Gesetz, das in

Form einer Kollektivbestrafung Tausende von Sportfans mit Massnahmen belegt und unter Generalverdacht stellt. Widerstand kommt aus den Kantonen, die auf eine unaufgeregte Zusammenarbeit setzen. Deren Ziel ist eine ausgewogene und von Realitäts-sinn geprägte «Fan- und Sicherheitspolitik», ohne dass dabei aus dem Stadion ein Hochsicherheits-trakt wird und eine stimmungsvolle und kreative Fankultur unter einer hysterischen Massnahmenpolitik erstickt.

Thomas Gander ist SP-Grossrat Basel-Stadt und Geschäftsführer Fanarbeit Schweiz.



ismässig?

DAS KONKORDAT

Das «Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen» ist seit 2010 in allen 26 Kantonen gültig. Es umfasst folgende polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Gewalt an Sportveranstaltungen: Rayonverbote, Meldeauflagen, Polizeigewahrsam, Ausreisebeschränkungen für Gewalttäter sowie eine Hooligan-Datenbank.

Die von der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) ausgearbeitete Revision des Konkordats umfasst neben der Erweiterung und Verschärfung bestehender Massnahmen auch strengere Auflagen für Risikospiele. Die Hauptpunkte der Revision:

- Tötlichkeiten und die Hinderung einer Amtshandlung sollen neu als gewalttätiges Verhalten gelten.
- Rayonverbote sollen neu für eine Dauer von 1 bis 3 Jahren erlassen werden (heute: max. 1 Jahr) und Rayons in der ganzen Schweiz umfassen können.
- Bei Gewalt gegen Personen (Ausnahme: Tötlichkeiten), schweren Sachbeschädigungen und Wiederholungstäterinnen und -tätern soll direkt eine Meldeauflage angeordnet werden können, ohne dass zuvor die Verletzung eines Rayonverbots nachgewiesen wird.
- Mit der Einführung einer Bewilligungspflicht für Fussball- und Eishockeyspiele in der höchsten Liga sollen die Behörden den privaten Veranstaltern künftig Auflagen machen können über bauliche und technische Massnahmen in den Stadien, die Zahl der einzusetzenden privaten Sicherheitskräfte, die Stadionordnung, den Verkauf alkoholischer Getränke, die Abwicklung der Zutrittskontrollen, die An- und Rückreise der Gästefans und andere sicherheitsrelevante Bereiche.

Quelle: www.kkjpd.ch

GENOSSEN

Stefan Krattiger leitet die Kampagnen- und Kommunikationsabteilung der SP Schweiz



Berset, Bier und Bildung

Nicht nur Bücher, Filme oder Museumsbesuche können ein Genuss sein, sondern – ja! – auch Parteiarbeit. Zum Beispiel am 1. Mai.

Den Vormittag verbringe ich im Büro. Als Parteiarbeiter, finde ich, darf man das. Zumal es an der Spitalgasse für einmal paradiesisch ruhig ist: keine Anrufe, keine Sitzungen. Am 1. Mai rechnet niemand damit, dass bei der SP jemand arbeitet. Ideale Bedingungen also, um vor dem Mittagessen in aller Ruhe 32 Mails zu beantworten.

Am frühen Nachmittag geht es dann endlich an die Mai-Feier, in meinem Fall nach Biel. Schon auf dem Bahnhofplatz gibts ein grosses «Hallo!»: Die gesamte linke Lokal-Prominenz ist versammelt. Nach dem kleinen, aber feinen Umzug durch die Innenstadt gibt es auf dem Zentralplatz Alain Berset, Bratwurst und Bier. Spätestens als der Innenminister auf Berndeutsch Mani Matter zitiert, hat er alle auf seiner Seite.

Um die, «wos guet geit», und die, «wos weniger guet geit», geht es am Abend auch am 1.-Mai-Anlass der Lysser Genossinnen und Genossen. Dort steht der 1:12-Workshop der SP Schweiz auf dem Programm. Meret Herger und Salome Trafelet vermitteln Fakten, Argumente und Hintergründe: «1984 betrug das Verhältnis vom Durchschnitts-

zum höchsten Lohn noch 1:6, 2011 schon 1:93.» Obwohl im Publikum überwiegend «bereits Überzeugte» sitzen, stösst das Gesagte eine lebhaftige Diskussion an: Welche Gespräche hat man am letzten Familienfest gehabt? Welche Argumente «verhabe» und welche nicht? Schliesslich will man dann im November gewappnet sein. Alles in allem «eine gelungene Sache», findet Sektions-Co-Präsident Berti Büscher.

Seine zweite Präsidiumshälfte, Stefan Bütikofer, sorgt derweil mit den «Steile Kressä» dafür, dass der Anlass im Restaurant Bären kulturell abgerundet wird. Dass die bunte Truppe, die «neben der Musik auch die Bierkultur pflegt», alles andere als paritätisch zusammengesetzt ist, liegt in der Natur eines Männerchors. Hits wie «ds'Guetsmönshelied» und eine gehörige Portion Ironie entschädigen dafür hinreichend.

Bildungsmodul «1:12»

Willst du für deine Sektion ebenfalls einen Workshop auf die Beine stellen? Du sagst uns wann und organisierst die Lokalität, wir kümmern uns um den Rest. Zur Auswahl stehen eine kurze (45 Minuten) und eine längere Version (90 Minuten). Interessiert? Dann melde dich bei Monika Bolliger: 031 329 69 91, monika.bolliger@spschweiz.ch.

Männerchor Steile Kressä

Mehr Infos zur Truppe, die den «Männerchor-Gesang in die Zukunft tragen» will, findest du auf der Facebook-Seite www.steilikressae.ch.

Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast? Schreibe ein Mail an

andrea.bauer@spschweiz.ch



ROSTICH

Gekauft, gebraucht, kaputt

Unter dem knackigen Titel «Gekauft, gebraucht, kaputt – grüne Lösungen gegen die geplante Obsoleszenz» lädt die Grüne Partei Anfang Monat zur grossen Medienkonferenz. Dank Wikipedia findet auch der unkundige Genosse heraus, dass es dabei um Produkte geht, die absichtlich so konstruiert werden, dass sie sich abnutzen und nach einer bestimmten – meist kurzen – Zeit den Geist aufgeben. Schliesslich will man ja Ersatz verkaufen.

Abgenutzt hat sich unterdessen auch das universell einsetzbare Arbeitsplatz-Killer-Argument von Economiesuisse. Und weil ein unverbrauchtes gerade nicht greifbar ist, hat der Wirtschaftsdachverband beim Bundesrat so lange Bittibätti gemacht, bis dieser die Abstimmung über die 1:12-Initiative doch noch von September auf November verschoben hat. Man munkelt, dass Economiesuisse-Boss Wehrli seine vier Wochen Sommerferien in der Karibik bereits fix gebucht hat und ihm die lästige Kampagnenvorbereitung deshalb quer in der Agenda gelegen hätte. Wahrscheinlicher ist aber, dass die Gegenseite ganz einfach nur Zeit schindet, um ihre Gegenkampagne aufzulegen.

«Kommt Zeit, kommt Rat», scheint man sich drüben zu sagen. Denn was das Hinausschieben nützen soll, bleibt ein Rätsel. Wäre ich Economiesuisse, fände ich die Aussicht, noch zwei Monate länger mühsame Diskussionen über Vasellas Lohn, Boni-Boni und so romantisches Zeug wie Gerechtigkeit führen zu müssen, nicht wahnsinnig prickelnd. Aber ich bin ja zum Glück nicht Economiesuisse. Offensichtlich ist, dass bei Abzockers zuhause Panik herrscht. Dieser ist jüngst die FDP zum Opfer gefallen: Nach wochenlangem Gezänk um den 1:12-Kampagnen-Lead ist die einst so stolze Wirtschaftspartei kurzerhand abserviert worden. «Gekauft, gebraucht, kaputt», möchte man sagen. *Cüpli-Sozi*

All Families Matter

Jedes Jahr wird am sogenannten Christopher Street Day weltweit für die Rechte von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transmenschen – kurz: LGBTs – demonstriert. In Zürich wurde dieser Tag mit dem Zurich Pride Festival gar zu einem mehrtägigen Fest ausgebaut.



Der Ursprung des Christopher Street Day liegt im Jahr 1968: Zum ersten Mal wehrten sich in New York LGBTs für ihre Rechte und lieferten sich tagelange Strassenschlachten mit der Polizei. Seither ist dieser Tag für LGBTs das, was für die SP der 1. Mai darstellt.

Der grösste Demonstrationsumzug findet in der Schweiz in Zürich statt. Vor ein paar Jahren wurde der Christopher Street Day durch ein Wochenprogramm ergänzt, weshalb der Name auf Zurich Pride Festival ZHPF geändert wurde. Das diesjährige ZHPF findet vom 1. bis 9. Juni statt. Während der ganzen Woche findet eine Vielzahl von Veranstaltungen

statt, die am 8. Juni im Demonstrationsumzug durch die Zürcher Innenstadt und einem grossen Fest auf dem Turbinenplatz gipfeln.

Mit dem Motto «All Families Matter» (Jede Familie zählt) liegt der diesjährige Fokus auf dem Thema Adoptionsrechte für gleichgeschlechtliche Paare. So können in der Schweiz gleichgeschlechtliche Paare keine Kinder adoptieren. Zwar hat das Parlament kürzlich eine Motion an den Bundesrat überwiesen, mit dem Auftrag, dieses Verbot zumindest für die «Stiefkindadoption» zu lockern, damit etwa die lesbische Partnerin einer Mutter deren Kind adoptieren kann. Die Volladoption, also die gemeinsame Adoption durch ein homosexuelles Paar, soll nach dem Willen des Parlaments jedoch weiterhin verboten bleiben.

Mit dem Motto will das ZHPF zeigen, dass es weder richtige oder falsche noch wertvollere und weniger wertvolle Familien gibt.

Die Wissenschaft hat hinlänglich belegt, dass es Kindern von gleichgeschlechtlichen Elternpaaren ebenso gut geht wie Kindern von heterosexuellen Elternpaaren. Was in der Familienforschung längst bekannt ist, muss aber auch der Schweizer Bevölkerung klargemacht werden. Aus diesem Grund hat das ZHPF dieses Jahr den Dachverband Regenbogenfamilien als politischen Partner ins Boot geholt. Im Rahmen des Festivals findet am 7. Juni an der Universität Zürich eine Fachtagung zum Thema «Vielfältige Familien bilden» statt, an der renommierte Erziehungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler über Regenbogenfamilien und Entwicklungspsychologie referieren (Anmeldung bis 31. Mai unter www.allfamiliesmatter.ch).

www.zhpf.ch.



Alan David Sangines ist Co-Präsident der Fachkommission für sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität

BRIEFE**Landesverteidigung in der Frühzeit der SP Schweiz**

Zum interessanten Beitrag über die «turbulenten Anfangsjahre» («links», April 2013) noch ein Nachtrag: Zur Landesverteidigung meinte Herman Greulich, eine der zentralen Führungspersonlichkeiten am Parteitag 1903: «Ich würde als alter Knabe noch die Büchse auf die Achsel nehmen, um uns nicht auffressen zu lassen von irgendeiner Monarchie» – und mit lang anhaltendem, stürmischen Applaus quittierte der ausserordentliche Parteitag von 1906 sein Bekenntnis: «Mit aller Entschiedenheit weisen wir halb und ganz anarchistische Anschauungen zurück. Wir anerkennen die Notwendigkeit der Wehr des Landes,

wir wollen ein Volksheer erobern, es soll das Land verteidigen können, wenn es in Gefahr gerät.» (Quellen: Protokolle der beiden Parteitage der SP Schweiz, zitiert vom Verfasser in «Sozialdemokratie und Landesverteidigung» in: Allg. Schweizerische Militärzeitschrift, August/September 1962).

Gotthard Frick, Bottmingen

Punktlandung

Neben vielen anderen interessanten und lehrreichen Artikeln, die man immer wieder im «links» liest, fiel mir in der Nummer 135 vom April der Text von Evi Allemann unter dem Titel «Zwischenlandung» zur verschobenen Beschaffung der Gripen-Jets auf. «Punktlandung!», kann ich da nur sagen,

endlich spricht da jemand nicht über unsichere Finanzierung und fehlende Garantien, sondern erklärt klipp und klar, warum der Gripen unnötig ist. Genossin Allemann erklärt auch mir, der ich Laie bin, warum der Gripen auch zur Wahrung der Lufthoheit beziehungsweise des luftpolizeilichen Auftrags, der ja wohl die einzige Rechtfertigung für eine Kampfflugzeugbeschaffung wäre, unnötig ist. Sie beweist damit, dass sie nicht nur vom öffentlichen Verkehr und vom motorisierten Individualverkehr (herzliche Gratulation zur Wahl als VCS-Präsidentin!) etwas versteht, sondern auch vom militärischen Luftverkehr.

Peter Anliker, Bern

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Einführung ins Arbeitsrecht

D2.2.1301

6.–7.6.; Hotel Aarauerhof, Aarau
Einzelarbeitsvertragsrecht, Gesamt-
arbeitsvertragsrecht, Arbeitszeit,
Kündigung, Gleichstellung. Referent:
Arthur Andermatt (Rechtsanwalt)

Wie lerne ich effizient

D2.6.1333
10.–11.6.; Restaurant Bären, Oster-
mundigen/Bern

Auseinandersetzung mit dem eigen-
en Lernen, Lernbiografie, biologi-
sche Grundlagen, Lerntypen und
Lernstile, Übungen für bessere Lern-
strategien. Referentin: Emiliana Della
Torre (Movendo)

Migrationspolitik und Migrati- onsrecht: Fakten, Wertungen, Perspektiven

D2.1.1308

13.–14.6.; Hotel Flora Alpina, Vitznau
Geschichte der Migrationspolitik,
Ausländergesetz und Personenfrei-
zügigkeitsabkommen mit der EU, ge-
werkschaftliche Positionen zu AuG
und FZA. ReferentInnen: Aurora Gar-
cia (Unia), Marc Spescha (Rechts-
anwalt)

Tagung Aufbruch in Lateinamerika – soziale Bewegung, Gewerkschaf- ten, Demokratien

D2.1.1313

21.6.; Hotel Bern, Bern

Soziale/indigene Bewegungen, pro-
gressive Regierungen und Gewerk-
schaftsbewegung in Lateinamerika,
Alternativen zum Neoliberalismus,
Bedeutung für die Gewerkschaften
in der Schweiz. ReferentInnen: Hans
Schäppi (Solifonds), Urs Sekinger
und Yvonne Zimmermann (Soli-
fonds). Moderation: Hans Kern (Syn-
dicom)

Tagung: Zukunft der Arbeitsgesell- schaft – kontroverse Positionen

D2.1.1315

25.6.; Hotel Bern, Bern

Zukunft der sozialen Sicherungssys-
teme in der Schweiz: Care-Arbeit,
bedingungsloses Einkommen, all-
gemeine Erwerbsversicherung, Min-
destlohn. ReferentInnen: Ruth Gurny
(Denknetz), Daniel Lampart (SGB),
Katharina Prelicz-Huber (vpod), Enno
Schmidt (Filmemacher, Maler/Autor),
Heidi Stutz Büro (BASS)

Anmeldung: www.movendo.ch,
info@movendo.ch, Tel. 031 370 00 70
Die Kosten für eine Weiterbildung
werden für Gewerkschaftsmitglieder
von ihrer Gewerkschaft getragen.
SP-Mitglieder, die nicht Gewerk-
schaftsmitglied sind, profitieren vom
reduzierten Tarif von Fr. 230.– pro
Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.–
statt Fr. 450.–. Bei Monika Bolliger
(SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91)
kann finanzielle Unterstützung bean-
tragt werden.

AGENDA

28. Mai, 19.15 Uhr

AG Gleichstellung
Bern

28. Juni

Koordinationskonferenz
in Freiburg

29. Juni

Delegiertenversammlung
in Freiburg

7. September, Bern

Jubiläumsfest 125 Jahre
SP Schweiz

25. Oktober

Koordinationskonferenz

26. Oktober

Delegiertenversammlung

www.spschweiz.ch

CARTE BLANCHE



Der zweifache Schwinger-
könig **Ernst Schläpfer** hielt
in Burgdorf die diesjährige
Rede zum 1. Mai.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Der 1. Mai ist ja in seinem Ursprung kein Fei-
ertag, nein, der Tag der Arbeit ist ein eigent-
licher Kampftag, an welchem Arbeitende um
ihre Rechte kämpfen.

Nun haben wir aber ja, zumindest die meis-
ten, wenn wir wirklich ehrlich sind, genug
Arbeit mit zumutbaren Arbeitsbedingungen,
eine zeitlich angenehm lange Arbeitswoche,
einen Lohn, von dem sich leben lässt, und
auch genügend Ferien. So können sich die
meisten ein Auto leisten, ein Handy auch
noch, und hin und wieder eine Reise liegt
auch noch drin. Für was also bitte sollen wir
da noch kämpfen?

Mann und Frau können nämlich auch ziem-
lich sinnlos kämpfen. Für eine 40-Stunden-
Woche zum Beispiel oder für eine Woche
zusätzliche Ferien, nur um dann zu erleben,
dass der Staat letztlich zu wenig Geld hat
oder die Wirtschaft auch noch und darum
wie in Spanien, Frankreich oder Portugal alle
auf dem Papier weit bessere Arbeitsbedin-
gungen hätten, aber bis zu 50 Prozent der
Jugendlichen gar keine Arbeit mehr finden.
Das kann ja auch nicht wirklich sein. Oder
ein anderer für mich unverständlicher Kampf
der Linken: für unsere Gäste aus anderen
Ländern, die sich nicht zu benehmen wissen
und sich partout wehren, ein übliches Be-
nehmen anzunehmen.

Ein Schwinger kämpft um den Kranz oder
den Siegermuni, in diesem Jahr geht es ja in
Burgdorf um den höchstmöglichen Kranz
und gar den Königstitel. Aber einfach so
kämpfen, dass gekämpft ist, das macht wohl
kaum ein Schwinger, und so liegt dies auch
mir fern. Wer also kämpfen will, muss sich
schon reiflich überlegen, für was er denn
überhaupt kämpfen will.

Also müssen wir uns zuerst um ein Ziel küm-
mern, für das wir kämpfen können. So ein
paar hätte ich schon noch, wie wäre es zum
Beispiel mit:

Einer sicheren Pensionskasse, allenfalls sogar
einer sicheren AHV, die uns über die Pension
hin erlaubt, ein anständiges Leben zu führen.
Vielleicht denkt ihr nun, was soll das, Renten
in der Schweiz sind doch sicher. Wirklich?
Schaut hinaus nach Europa, denkt an die Fi-
nanzkrise, berücksichtigt, dass es in Zukunft
mehr Rentner geben wird, und stellt noch
fest, wie die Solidarität der Jungen gegen-
über den Alten immer mehr nachlässt – seid
ihr wirklich sicher, dass unsere Renten auf
Jahre gesichert sind? Schon allein die Idee,
dass das Rentenalter auf 67 Jahre angehoben
werden soll, lässt einiges erwarten, als ob
das Rentenalter von der Lebenserwartung
abhängig wäre und nicht vom biologischen
Alterungsprozess.

→ Fortsetzung: www.spschweiz.ch/links/rede.pdf

IMPRESSUM

Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34,
3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage 43310 (Wemf)

Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis
Adressänderungen/Abos:
abo@spschweiz.ch

Redaktion

Andrea Bauer (Chefredaktion), Barbara Berger
(SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solo-
thurn), Sandra Eichenberger (SP Basel-Stadt),
Ruedi Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi
(SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton
Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern),
Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael
Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion

andrea.bauer@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept

muellerluetolf.ch

Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck

Ringier Print Adligenswil AG
Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH
Hellgasse 12, 6460 Altdorf
Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 6.5.

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 10.6.

BIOLOGISCHE RIOJAS AUS REBELLENHAND

LUIS PALACIOS DUQUE (ES)



**6er Probierset «Luis Palacios Duque»
Fr. 98.– statt Fr. 124.40**
Zusätzlich schenken wir Ihnen
die Versandkosten von Fr. 14.–

Das unbekümmerte, süffige Trinkvergnügen
Dión 2011, DOCa Rioja, 75 cl, Fr. 14.20

Der gehaltvolle, tiefgründige Rioja
Buradón 2011, DOCa Rioja, 75 cl, Fr. 18.20

Der Stolz von Luis Palacios Duque
Padús 2005, DOCa Rioja, 75 cl, Fr. 29.80

Pro Kunde kann nur ein 6er Probierset
zum Aktionspreis bezogen werden.
Das Angebot ist gültig bis 30. Juni 2013.



Bitte ausfüllen und einsenden

oder gleich telefonisch unter 043 322 60 00 bestellen

**6er Probierset «Luis Palacios Duque»
Fr. 98.– statt Fr. 124.40**

Bitte senden Sie mir den Küferweg-
Newsletter elektronisch zu.

Bitte senden Sie mir gratis
das Küferweg-Weinbuch.

1261 Name/Vorname:

Strasse:

PLZ/Ort:

Tel:

E-Mail: